Stand: 17.11.2026 03:18:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8192

"Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik I: Statistiken zu kriminellen Doppelstaatsbürgern einführen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8192 vom 29.09.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8920 des KI vom 22.10.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9006 vom 25.11.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 25.11.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.09.2025 **Drucksache 19/8192**

Antrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**

Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik I:
Statistiken zu kriminellen Doppelstaatsbürgern einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) dahingehend zu erweitern, dass künftig auch Mehrfachstaatsangehörigkeiten erfasst und in jeweils einem eigenen Abschnitt dargestellt werden.
2. sich auf der Innenministerkonferenz für eine bundesweit einheitliche Berücksichtigung der Mehrfachstaatsangehörigkeit in der PKS sowie in den Richtlinien des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes bei politisch motivierter Kriminalität einzusetzen, unter Beachtung der genannten Maßnahmen.

Begründung:

Die PKS dient der Abbildung der kriminalistischen Realität durch systematische Dokumentation, Überwachung und Aufarbeitung von Kriminalität, einzelner Deliktsarten sowie der Zusammensetzung des Tatverdächtigenkreises. Sie ermöglicht dadurch eine jährliche Auswertung hinsichtlich Umfang und Entwicklung wesentlicher Kriminalitätsfelder. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für kriminalpolitische Entscheidungen, kriminologisch-soziologische Forschung sowie organisatorische Schwerpunktsetzungen der Polizei, um Straftaten sowohl präventiv als auch repressiv wirksam begegnen zu können.

Als koordinierte Länderstatistik folgt die PKS bundesweit einheitlichen Richtlinien, erlaubt den einzelnen Ländern jedoch zugleich die Erhebung und Auswertung zusätzlicher Daten.

Trotz umfassender Datenerhebung bestehen bisher Lücken in der PKS wie auch in den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes bei politisch motivierter Kriminalität. So werden deutsche Tatverdächtige gemäß Art. 116 Grundgesetz derzeit ausschließlich als Deutsche geführt, unabhängig davon, ob eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten bestehen. Nichtdeutsche werden lediglich nach bestimmten Kategorien, insbesondere im Hinblick auf Zuwanderungshintergründe, unterschieden.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland die vollständige Erfassung von Mehrfachstaatsangehörigkeiten eingeführt. Eine interne Auswertung des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen für 2024 zeigt, dass etwa jeder zehnte Tatverdächtige in NRW mehrere Staatsangehörigkeiten besitzt (52 614 Personen), davon die meisten zusätzlich die deutsche (49 825). Häufigste Kombinationen sind deutsch/türkisch (10 307), deutsch/polnisch (6 652), deutsch/russisch (3 484), deutsch/marokkanisch (3 125) und deutsch/syrisch (2 185). Laut des Ministers des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen Herbert Reul (CDU) ermöglicht dies eine präzisere Analyse: „Wer die Realität sehen will, muss sie auch messen." Dieser Ansatz würde auch in Bayern

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

als Lösung dienen und sollte auch auf die PKS sowie den Kriminalpolizeilichen Meldedienst übertragen werden.

Die Zusammensetzung des Tatverdächtigenkreises in Nordrhein-Westfalen zeigt die Notwendigkeit sowie den kriminalistischen und kriminologischen Mehrwert einer tiefenschärferen Tatverdächtigenanalyse, wie durch die Erfassung der Mehrfachstaatsangehörigkeiten ein kriminalistischer Mehrwert entsteht.

Die konsequente und eindeutige Ausweisung sämtlicher Staatsangehörigkeiten von Tatverdächtigen würde sowohl bestehende Transparenz- und Aufklärungsdefizite ausgleichen als auch wertvolle Anhaltspunkte für Ermittlungen und polizeiliche Präventionsmaßnahmen liefern. Dass nichtdeutsche Personen im Verhältnis zum volljährigen deutschen Bevölkerungsanteil bei Tatverdächtigen, Verurteilten und Strafgefangenen überrepräsentiert sind, lässt auf die Relevanz sozialer und kultureller Faktoren im Hinblick auf die Tatverdächtigenbelastungszahl schließen. Dies wird durch eine formale Einbürgerung nicht zwangsläufig relativiert, weshalb eine zusätzliche statistische Erfassung von Mehrfachstaatsangehörigkeiten sachgerecht ist.

Die Erweiterung der Datenerhebung um die Mehrfachstaatsangehörigkeit ist daher ein notwendiger Schritt, um die Aussagekraft der PKS zu stärken, sachgerechte kriminalpolitische Entscheidungen zu ermöglichen und eine vollumfängliche Informationsweitergabe an die Bürger und den Landtag sicherzustellen.

Die konsequente und eindeutige Ausweisung sämtlicher Staatsangehörigkeiten von Tatverdächtigen würde sowohl bestehende Transparenz- und Aufklärungsdefizite ausgleichen als auch wertvolle Anhaltspunkte für Ermittlungen und polizeiliche Präventionsmaßnahmen liefern. Dass nichtdeutsche Personen im Verhältnis zur volljährigen Wohnbevölkerung zwar eine Minderheit darstellen, jedoch bei Tatverdächtigen, Verurteilten und Strafgefangenen überrepräsentiert sind, legt nahe, dass soziale und kulturelle Faktoren eine relevante Rolle spielen. Dies wird durch eine formale Einbürgerung nicht zwangsläufig relativiert, weshalb eine zusätzliche statistische Erfassung von Mehrfachstaatsangehörigkeiten sachgerecht ist.

Die Erweiterung der Datenerhebung um die Mehrfachstaatsangehörigkeit ist daher ein notwendiger Schritt, um die Aussagekraft der PKS zu stärken, sachgerechte kriminalpolitische Entscheidungen zu ermöglichen und eine vollumfängliche Informationsweitergabe an die Bürger und den Landtag sicherzustellen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.10.2025 **Drucksache** 19/**8920**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Drs. 19/**8192**

Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik I:
Statistiken zu kriminellen Doppelstaatsbürgern einführen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Richard Graupner**
Mitberichterstatter: **Holger Dremel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 22. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

Florian Siekmann
Stellvertretender Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 25.11.2025 **Drucksache** 19/**9006**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 19/**8192**, 19/**8920**

Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik I:
Statistiken zu kriminellen Doppelstaatsbürgern einführen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die GRÜNEN und die SPD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Ganzjährige Anbindehaltung von Kühen beenden
   Drs. 19/7205, 19/8793 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Tiergesundheit und Tierwohl durch eine qualifizierte Tierbetreuung sicherstellen: Verbindlichen Mensch-Tier-Betreuungsschlüssel in der Nutztierhaltung einführen
   Drs. 19/7210, 19/8885 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Zulassung und Betrieb überbreiter Landmaschinen vereinfachen
Drs. 19/7242, 19/8794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Franz Schmid, Elena Roon u.a. und Fraktion (AfD)
Öffentliche Förderung, politische Neutralität und der Umgang mit Extremismus beim Bayerischen Jugendring
Drs. 19/7444, 19/8792 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung einer Professur für Nahmobilität und Fußverkehr
Drs. 19/7520, 19/8902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Michael Hofmann u.a. CSU
Bundeseinheitliche Anwendung von Ausnahmen zu Sprachnachweisen und Einbürgerungstests in Deutschland gewährleisten und Gleichbehandlung bei Anforderungen an Einbürgerung wiederherstellen!
Drs. 19/7839, 19/8919 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulkinder sicher unterwegs! „Schulweg-Checks“ für die Kommunen
Drs. 19/8089, 19/8903 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik I:
Statistiken zu kriminellen Doppelstaatsbürgern einführen
Drs. 19/8192, 19/8920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik II:
Straftaten gegen Studentenverbindungen
Drs. 19/8193, 19/8921 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Modernisierung der Polizeilichen Kriminalstatistik III:
Kriminalität von Jugendgruppen systematisch aufnehmen
Drs. 19/8194, 19/8922 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

11. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Modernisierung des Meldedienstes Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern I: Islamismus systematisch aufnehmen
Drs. 19/8195, 19/8923 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Modernisierung des Meldedienstes Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern II: Geburtsland systematisch aufnehmen
Drs. 19/8196, 19/8924 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zum Vierten Modernisierungsgesetz Bayern: Änderungen Landesplanungsgesetz
Drs. 19/8208, 19/8906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenbonus – Grunderwerbsteuerverzicht auf erste selbstgenutzte Wohnimmobilie
Drs. 19/8243, 19/8899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum studentischen Wohnen
Drs. 19/8272, 19/8822 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Studieren ohne Wohnungsnot – Wohnheimausbau jetzt stärken!
Drs. 19/8286, 19/8826 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU, Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. SPD, Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MFR 2028+ – Europa der Regionen als zentrales politisches Konzept erhalten!
Drs. 19/8367, 19/8905 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	**ohne**	Z	Z

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Enthaltung“** zugrunde zu legen.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vermittlungsarbeit an den staatlichen Museen in Bayern – Strukturen, Herausforderungen, Entwicklungsperspektiven
Drs. 19/8384, 19/8825 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Operationsplan Drohnenabwehr für Bayern
Drs. 19/8387, 19/8925 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Wissenschaftsfreiheit stärken:
Forschungszentrum Globaler Islam in Bayern etablieren
Drs. 19/8388, 19/8823 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.